



Grün-Alternatives Europäisches Bündnis (GRAEL) im Regenbogen
Pressesprecher Jürgen Peter Esders - Tel. 230 6456

P R E S S E E R K L A R U N G 58/86 - 18.9.86

Zweite Internationale Prostituiertenkongreß, 1. bis 3. Oktober 1986, Brüssel

Vom 1. bis 3. Oktober 1986 wird in Brüssel der Zweite Internationale Prostituiertenkongreß stattfinden, der vom International Committee for Prostitutes' Rights (ICPR) mit der Unterstützung des Grün-Alternativen Europäischen Bündnisses (GRAEL) in der Regenbogenfraktion des Europäischen Parlaments organisiert. Im Zentrum der Konferenz werden die Themen Menschenrechte, Gesundheit und Feminismus stehen. Die 1985 in Amsterdam erarbeitete Welt-Charta für die Rechte der Prostituierten wird in Brüssel diskutiert und - wenn nötig - aktualisiert werden. (Siehe Programm).

Mit der Unterstützung des Kongresses, der im Gebäude des Europäischen Parlaments stattfinden wird, hofft GRAEL zur Enttabuisierung und Entkriminalisierung der Frauen beizutragen, die als Prostituierte bzw. in der Sex-Industrie arbeiten. Das Verschweigen, Verdrängen und Ausgrenzen von Prostitution hat diese noch nie verhindert, sondern schafft im Gegenteil ein Klima, das Gewalt gegen Prostituierte und Frauen generell hervorbringt und Prostituierte in einen Teufelskreis von Armut, Abhängigkeit von Zuhältern, Illegalität und Stigmatisierung treibt. Die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen ist eine wichtige Voraussetzung, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

Prostituierten und allen Frauen, die in der Sex-Industrie arbeiten, müssen dieselben Menschenrechte garantiert werden wie andere Bürgerinnen und Bürgern. Sie haben einen Anspruch auf Achtung ihrer Menschenwürde anstelle heuchlerischer Verachtung und gut gemeintem Paternalismus. Prostituierte haben ein Recht auf die Anerkennung ihrer Integrität, auf Selbstbestimmung, und Schutz vor Gewalt, auf Schutz ihrer Privatsphäre, auf Mutterschaft, auf freie Wahl des Wohnorts, auf Freizügigkeit und freie Arztwahl.

Sie müssen die Möglichkeit haben, sich gegen Krankheit und Arbeitsunfähigkeit zu versichern.

Diese Menschen- und Bürgerrechte, die selbstverständlich sein sollten, gelten für Prostituierte nicht: Sie werden registriert - häufig sogar wie Kriminelle erkennungsdienstlich behandelt - und in bestimmten als minderwertig erachteten Stadtteilen konzentriert, was den Zuhälterringsen die Kontrolle erleichtert. Gesetze, die eine systematische Kasernierung der Prostituierten voraussetzen, müssen abgeschafft werden; Prostituierte dürfen weder hinsichtlich ihres Niederlassungsrechts noch bei der Ausübung ihres Berufs Sonderregelungen unterworfen sein.

Ebenfalls sind Unterkünfte, wo Prostituierte Schutz finden können, und Umschulungsmöglichkeiten für Prostituierte und andere Frauen, die aus der Sex-Industrie aussteigen wollen, dringend erforderlich.

Im Juni dieses Jahres nahm das Europäische Parlament die EntschlieÙung von Hedy D'Ancona zu Gewalt gegen Frauen an, in der u.a. die E.G.-Mitgliedsländer aufgefordert werden, die Ausübung des Berufs der Prostitution zu entkriminalisieren und Prostituierten dieselben Rechte wie anderen Bürger/inne/n zu garantieren. GRAEL unterstützt Frauen, und damit auch Prostituierte, in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und sexuelle Gewalt.

Auf der Internationalen Prostituiertenkonferenz werden Prostituierte, Ex-Prostituierte und Unterstützer/innen selbst zu Wort kommen. Damit kann hoffentlich eine lange Tradition durchbrochen werden, die Prostitution in einem politischen Zusammenhang selten thematisierte, und wenn, dann wurde lediglich über Prostituierte debattiert und nie mit ihnen.

Kontakt: Annemiek Onstenk, Tel. 234 30 49

